

■ Diskussion über das 100.000-Dächer-Programm der SPD



Philippe Welter

Philippe Welter war maßgeblich an der Ausarbeitung des Fördermodells „kostendeckende Vergütung“ beteiligt. In zäher Kleinarbeit genauso, wie durch spektakuläre Aktionen, hat Welter dazu beigetragen, in Aachen und NRW Präzedenzfälle zu schaffen.



Hermann Scheer

Hermann Scheer ist Präsident der europäischen Sonnenenergievereinigung EUROSOLAR und als Vertreter der SPD Mitglied des Bundestages. Scheer setzt sich auf Bundesebene für ein 100.000-Dächer-Programm ein.

Die Solarenergie ist marktreif. Darin sind sich beide einig. Auch in dem Punkt, daß die Photovoltaik noch massiver Unterstützung bedarf. Nur wie dies von statten gehen soll, oder besser gesagt, woher das nötige Geld kommen soll, darüber haben beide durchaus unterschiedliche Vorstellungen.

100.000 Dächer mit Photovoltaik-Anlagen. Wenn es nach der SPD ginge, könnte schon in diesem Sommer mit dem Bau begonnen werden. Der Zuschuß pro Kilowatt soll 12.000 DM betragen, 9.500 DM mehr, als Greenpeace momentan fordert. Mit 12.000 DM lassen sich etwa 75 % der Installationskosten decken. Das bedeutet aber auch, daß der Bundestag sich dazu durchringen muß, 1 Milliarde für die Solarenergie freizugeben. Unwiederruflich, denn die SPD will ein Gesetz beschließen und daraus ergibt sich ein Rechtsanspruch.

Diese Gesetzesinitiative haben wir zum Anlaß genommen, die grundlegenden Unterschiede zwischen den zwei möglichen Fördermodellen, erhöhte Einspeisevergütung und Investitionskostenzuschüsse, in einer Diskussion zu beleuchten. Hermann Scheer, Mitglied des Bundestages und Präsident der europäischen Sonnenenergievereinigung Eurosolar, berichtet über die

Hintergründe, die ihn zu einer Entscheidung für die Variante „Investitionszuschuß“ gebracht haben.

Zuschüsse haben für den so Geförderten unbestreitbar den Vorteil, daß dieser die Anlage nicht komplett vorfinanzieren muß. Er bekommt sein Geld bar auf die Hand, muß dafür aber einen Teil der Kosten selber tragen. Dies ist bei der kostendeckenden Vergütung anders. Bezahlt wird die Ware Strom, nicht das Anbringen der Module. Über die Lebensdauer der Anlage kann der Betreiber die kompletten (!) Kosten wieder hereinholen. Die Vergütung ist so berechnet, daß das eingesetzte Kapital mit knapp 8 % verzinst wird. Letztlich ist die kostendeckende Vergütung nichts anderes, als die Gleichstellung der privaten Solaranlagen mit denen der Energieversorger. Für deren Anlagen werden die Kosten nämlich schon immer auf den Strompreis umgelegt.

Philippe Welter, maßgeblich beteiligt an der Einführung der kostendeckenden Vergütung in zahlreichen Städten, ist der Meinung, Investitionszuschüsse bieten in keiner Variante eine sinnvolle Markteinführungsstrategie für die Photovoltaik. Zumal sei die Variante „kostendeckende Vergütung“ für den Bundeshaushalt eine Milliarde DM kostengünstiger, da die benötigten Mittel direkt auf den Strompreis umgelegt werden.

PHOTON: Es werden momentan zwei Wege beschritten, die Photovoltaik in den Markt einzuführen. Auf der einen Seite über eine erhöhte Einspeisevergütung - das bekannteste Beispiel hierfür ist das Aachener Modell - auf der anderen Seite eine Förderung durch Investitionszuschüsse - im Gespräch ist hier momentan das 100.000-Dächer-Programm der SPD. Herr Scheer, Sie setzen sich auf Bundesebene für das 100.000-Dächer-Programm ein!

SCHEER: Ja. Es handelt sich hierbei um ein Crash-Programm zur industriellen Serienfertigung. Das Programm ist so ausgelegt, daß nach einem Beschluß die Massenfertigung von vier, fünf Herstellern gleichzeitig beginnen kann. Es ist in der Tat das voluminöseste aller Programme, die je konzipiert worden sind.

PHOTON: Worin besteht denn der Unterschied zwischen einer Förderung durch erhöhte Einspeisevergütung und



„Wir brauchen eine Vergütung, die die Investitionskosten über die Lebensdauer der Anlage einschließlich Verzinsung vollständig zurückbringt.“

einer Förderung durch Investitionszuschüsse?

WELTER: Es sind in der Tat zwei ganz unterschiedliche Ansätze. Die erhöhte Einspeisevergütung fußt auf der Überlegung, daß man nur dann genügend Leute findet, die Anlagen bauen, wenn man Ihnen die Chance einer vollständigen Refinanzierung gibt. Und das bedeutet, entweder jemand bekommt einen so massiven Zuschuß, daß er seinen Eigenanteil über die Mindesteinspeisevergütung von momentan 17 Pfennig wieder hereinbekommt oder es gibt keinen Zuschuß, aber dafür eine Vergütung, die die Investiti-

onskosten über die Lebensdauer der Anlage einschließlich Verzinsung vollständig zurückbringt.

SCHEER: Also, ich denke nicht, daß das völlig unterschiedliche Ansätze sind. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil ich nicht glaube, daß ich mich widersprüchlich verhalte, weil ich ja beide Ansätze gleichermaßen vertrete.

WELTER: Aber nicht auf Bundesebene.

SCHEER: Die Frage ist hier, an welcher Stelle kommen wir mit welchen Ansätzen am ehesten durch? Es ist übrigens überhaupt keine Frage, daß eine kostengerechte Vergütung auf Bundesebene der optimale Weg wäre. Das würde ein 100.000-Dächer-Programm völlig überflüssig machen. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu streiten. Die Frage ist, gibt es eine realistische Aussicht, eine kostengerechte Vergütung auf Bundesebene gegenwärtig durchzusetzen? Und da ist meine Einschätzung: Nein.

WELTER: Die Bundesregierung steht momentan unter Zugzwang, etwas für erneuerbare Energien zu tun. Ich denke, es wäre den Versuch wert, die kostendeckende Vergütung jetzt auf Bundesebene einzuführen.

SCHEER: Es ist ja nicht so, daß ich nicht versucht hätte, einen solchen Ansatz zustande zu bringen. In meiner Fraktion habe ich einen solchen Antrag nicht durchbekommen. Es gibt einen Antrag der Grünen auf kostengerechte Vergütung, wenn der als Bundesgesetz zur Abstimmung kommt, werde ich auf jeden Fall zustimmen. Aber ich glaube nicht, daß es insgesamt eine Mehrheit gibt. Schon deshalb nicht, weil im Moment völlig ungeklärt ist, wie der Ausgang des politischen Konflikts zum Stromeinspeisungsgesetz sein wird. Im Moment gibt es große Hemmungen, nicht nur der Regierungsmehrheit, am Stromeinspeisungsgesetz grundlegend zu rühren, aus Angst davor, daß dann alles in Gefahr gerät.

WELTER: Und genau an dieser Stelle stimme ich mit Ihnen nicht überein. Sie sagen ja selbst, ein Zuschuß-Programm, seien 1.000, 10.000 oder 100.000 geförderte Anlagen, ist immer die suboptimale Lösung. Ich teile ganz und gar nicht Ihre Einschätzung, daß kostendeckende Vergütung im Bundestag nicht durchsetzbar wäre. Man kann ein Ergänzungsgesetz zum Stromeinspeisungsgesetz machen, was sich nur mit der Höhe der Vergütung für Photovoltaik beschäftigt. Die ganze Konstruktion des Stromeinspeisungsge-

„Die Frage ist, gibt es eine realistische Aussicht, eine kostengerechte Vergütung auf Bundesebene gegenwärtig durchzusetzen? Ich meine: Nein!“



setzes bliebe unberührt. Bei der kostendeckenden Vergütung hätten wir aber den Vorteil, daß diese nicht wie das 100.000-Dächer-Programm über den Haushalt finanziert werden muß. Nach dem Verursacherprinzip werden hier die Stromkunden belastet und die sind gerade durch den Kohlepfennig dramatisch entlastet worden.

SCHEER: Weiß ich, weiß ich. Nur leider ist diese so einfach nachvollziehbare rationale Idee nicht der ausschlaggebende Faktor bei der politischen Entscheidung. Natürlich sage ich auch den anderen, eine kostengerechte Vergütung auf Bundesebene braucht ihr selbst nicht zu bezahlen, sondern die wird über die Strompreise bezahlt. Interessanterweise, so widersprüchlich das klingt, gibt es im Moment eine ganz starke politische Strömung - die sich übrigens durch alle Parteien zieht - auf Mitfinanzierung des Stromeinspeisungsgesetzes aus öffentliche Haushalten. Um wieder Konsens mit der Energiewirtschaft herzustellen.

WELTER: Das ist das alte Problem, daß die Energiewirtschaft schon Staat im Staate geworden ist und man neigt dazu, sich dem Druck der EVUs zu beugen, aber die machen ja auch genug Remmidemmi...

SCHEER: Zurück zur kostendeckenden Vergütung. Das Problem ist, wie präpariert man den Deutsche Bundestag und auch die Bundesregierung dafür, daß sie diesen Schritt wagen? Und da habe ich folgende Befürchtung: Würde man jetzt eine Gesetzesinitiative zur kostengerechten Vergütung starten, dann bilden sich automatisch parteipolitische Formationen. Gesetzt den Fall ich würde auch die SPD dazu kriegen, einem solchen Entwurf mehrheitlich zuzustimmen - was ich nicht für völlig ausgeschlossen halte - dann kommt es zu einer strittigen Debatte. Im Moment ist es ein riesiges erfreuliches Zeichen, daß CDU-Mitglieder auf kommunaler Ebene manchmal genauso leicht für kostengerechte Vergütung zu überzeugen sind, wie SPD-Gemeinderä-

te. Wenn aber einmal die bundespolitische Message durch ist, die CDU ist im Prinzip dagegen, dann glaube ich, daß der Freimut aufhört, mit dem heute auf der kommunalen Ebene etwas gemacht wird. Ein 100.000-Dächer-Programm dagegen würde zu vermehrten Beschlüssen für kostengerechte Vergütung führen, weil dann nicht mehr 2,- DM pro Kilo-



„Wenn das 100.000-Dächer-Programm kommt, werden Beschlüsse zur kV zurückgehen. Die Politiker können

dann sagen: „Wir haben ja schon etwas getan“ und sich die Auseinandersetzung mit den Stadtwerken ersparen.“

wattstunde beschlossen werden müssen, sondern nur noch ein Bruchteil davon.

WELTER: Das bezweifle ich. Ob ein Kommunalpolitiker 200 oder 100 oder 80 Pfennig mehr beschließen muß, ist letztendlich egal. Er belastet damit ja nicht seinen Haushalt. Und mit dem Widerstand der Stadtwerke wird er in jedem Fall kämpfen müssen. Andererseits: Wenn das 100.000-Dächer-Programm beschlossen wird, werden viele Politiker sagen können: „Wir haben ja schon etwas getan“ und sich die Auseinandersetzung mit den Stadtwerken ersparen.

PHOTON: Im jetzigen Gesetzesentwurf zum 100.000-Dächer-Programm gibt es einige Einschränkungen. Beispielsweise kann ich nur dann in den Genuß der Förderung kommen, wenn ich Eigentümer des Hauses bin. Betreibergesellschaften sind damit ausgeschlossen.

SCHEER: Wir wollen keinesfalls die Betreibergesellschaften ausschließen. Dieser Punkt kann in einer Ausschußsitzung leicht noch abgeändert werden. Die Beschränkung auf das eigene Haus hängt nur damit zusammen, daß man vermeiden wollte, daß einige wenige Wohnungsbaugesellschaften einen Großteil des Programmes abschöpfen und der Breitereffekt ausbleibt. Bei kostengerechter Vergütung gibt es übrigens das gleiche Problem. Nehmen wir beispielsweise die Stadt Bonn. Hier hat ein Ingenieurbüro die kostengerechte Vergütung quasi im Alleingang ausgeschöpft.

WELTER: Keine Wohnungsbaugesell-

schaft hat Interesse daran, 3.000 bis 4.000 DM pro kW aus eigener Tasche zu zahlen. Nach dem Motto: Ich zahle zwar nur wenig drauf, aber die Masse macht's. Im Unterschied dazu gibt es in Bonn bei der kostendeckenden Vergütung eine vollständige Refinanzierung. Man bekommt Zinsen für sein eingesetztes Geld und zahlt nicht drauf. Wenn ich sage, antragsberechtigt ist nur derjenige, der Eigentümer des Hauses ist, auf dem die Anlage entstehen soll, kann es sein, daß die Schnittmenge aus Leuten, die das Geld haben oder bereit sind, es aufzunehmen, und denen, die dann wirklich auch das Haus besitzen, anschließend sehr klein werden wird.

PHOTON: Es gibt noch weitere Einschränkungen. Das 100.000-Dächer-Programm sieht nur eine Förderung von Anlagen bis zu einer Größe von 10 kW vor.

SCHEER: Wir wollen bewußt versuchen, Eigeninitiativen zu animieren. Das heißt, wenn einer mehr als 10 kW bauen möchte, dann kann er das gerne tun, aber das muß ja dann nicht mehr zwingend gefördert werden.

WELTER: Eine Obergrenze von 10 kW ist aus meiner Sicht heute nicht mehr up to date. Stichwort Industriegebäude. Jemand baut eine neue Produktionshalle und möchte das Hallendach mit PV belegen. Der kommt ganz schnell in eine 100 kW oder 200 kW-Größenordnung. Diese Leute lassen Sie außen vor. Es werden immer mehr Anlagen durchaus in 100, 200, 300 kW-Bereich gebaut, so daß ich im Moment noch zu stark die Bremsfunktion eines solchen Programmes sehe, wenn es so beschlossen wird, wie der Gesetzesentwurf im Moment aussieht.

SCHEER: Das sehe ich nicht so und zwar aus folgendem Grund. Dieser Gesetzesentwurf ist bewußt so konzipiert worden, daß es praktisch keinerlei Antragsbürokratie gibt. Der Zuschuß käme mit der Vorlage der Rechnung. Schneller, unkomplizierter und unbürokratischer geht es nicht mehr.

PHOTON: Es werden nur europäische Module gefördert?

SCHEER: Nur in Europa produzierte. Das ist ein entscheidender Unterschied. Das heißt, Kyocera oder Sharp können teilnehmen, wenn sie hier produzieren. Siemens Solar und ASE können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht teilnehmen, weil sie hier nicht produzieren. Es entsteht ein gezielter Druck in Richtung Produktion Made in Germany.

WELTER: Da ohnehin nie alle Komponenten vom Sand bis zum Modul in Europa produziert werden, immer irgendwas zugekauft wird, kann ich mir vorstellen, daß relativ schnell, irgendeine japanische Firma auf die Idee kommt, die Lamine und die Anschlußdosen nach Europa zu verschiffen und hier die Anschlußdosen auf die Lamine zu kleben und zu sagen:



„Ein 100.000-Dächer-Programm dagegen würde zu vermehrten Beschlüssen für kostengerechte Vergütung führen, weil dann nicht mehr 2,- DM pro Kilowattstunde beschlossen werden müssen, sondern nur noch ein Bruchteil davon.“

Das ist jetzt Made in Germany. Wo ist da die Schnittgrenze?

SCHEER: Die Schnittgrenze ist die Solarzellen- und Modulproduktion. Das ist das Schlüsselement, nicht auch noch jedes Kabel, das können sie gar nicht kontrollieren. In der aktuellen Fassung des Gesetzesentwurfes wird allerdings nur noch das Kriterium „Module“ stehen. Mit dem Ausbau einer Modulproduktion wird auch die Zellenproduktion in räumlicher Nähe etabliert, darauf zielt die Geschichte schon ab. Optimal wäre es natürlich, wenn die Zell- und Modulproduktion hier stattfinden würde.

PHOTON: Aber wie garantieren sie potentiellen Investoren denn, daß nach vier Jahren, wenn das 100.000-Dächer-Programm zu Ende ist, die Nachfrage nicht nachläßt?

SCHEER: Weil ich auf folgendes setze: Wenn man eine solche industrielle Anstrengung auf sich genommen hat, dann kann sich am Schluß niemand mehr leisten, einen Fadenriß zu riskieren. Das heißt, es erzeugt eine politische Eigendynamik. Offiziell bestreitet heute kein Politiker mehr, daß erneuerbare Energien wichtig sind. Es gibt eine Bindewirkung aufgrund einmal erfolgter Initiativen. Bindewirkung heißt in diesem Fall, das

Programm hat eine politische Erpressungsfunktion. Und deswegen kann sich dann keiner mehr leisten, eine solche Geschichte einfach einzustellen, wenn die Situation so sein sollte, daß noch kein sich selbst tragender Markt da ist.

WELTER: Was den industriellen Push angeht, teile ich Ihren Optimismus nicht. Wird das 100.000-Dächer-Programm vollständig umgesetzt, werden dadurch etwa 300 MW gebaut werden. Bedauerlicherweise ist es aber oft so, daß im Parla-



„Die Einschränkungen im jetzigen Gesetzesentwurf zum 100.000-Dächer-Programm, wie Begrenzung der Anlagengröße auf 10 kW und Beschränkung der Förderung auf die Eigentümer der Dächer sind überflüssig und wirken sich hemmend aus.“

ment Kompromisse gemacht werden müssen. Vielleicht werden wir am Ende kein 100.000 sondern ein 50.000 oder ein 10.000 Dächer Programm haben. Dann kann es sein, daß das Volumen einfach zu klein ist, um wirklich mehreren konkurrierenden Unternehmen den Mut zu geben, Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe zu tätigen. Dann wird sich nicht viel ändern.

SCHEER: Ja, das ist klar. Das Wagnis, daß eine Initiative nicht durchkommt, ist natürlich zwangsläufig immer gegeben. Das darf einen nur nicht veranlassen, die Sache gar nicht erst anzupacken. Wir brauchen die große Initiative aber schon deshalb, weil sie kampagnenfähig ist. Unsere Forderung leuchtet unglaublich vielen ein, ist symbolfähig. 100.000 Dächer. Dies ist sofort nachvollziehbar und damit wird es leichter, sich damit zu identifizieren. Je schneller erkennbar ist, um was es dabei geht, desto schwerer wird es, Ablehnungsgründe zu finden. Und das gilt auch für die Finanzierungsfrage. Jetzt kommt es darauf an, ob die Ausrede plausibel widerlegt wird, daß im Moment 100.000 Dächer nicht finanzierbar wä-

ren. Und die Chance für das 100.000-Dächer-Programm steht und fällt auch damit, daß andere auf das Argument verfallen, da gäbe es ein viel besseres Programm, also nehmen wir es lieber einmal nicht. Obwohl das, was von diesen Leuten als Alternative formuliert wird, von ihnen schon gar nicht akzeptiert wird.

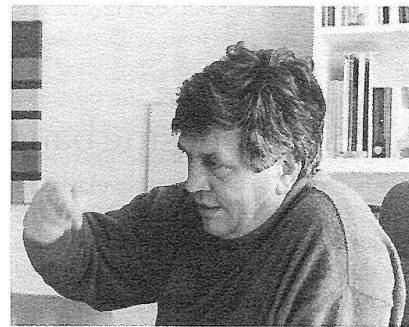
WELTER: Diesen Trick gibt es natürlich immer, aber dann muß man diese Leute auf ihren Aussagen festnageln. Denn es gilt immer die Regel: Wer kritisiert, muß einen besseren Vorschlag machen und diesen auch unterstützen.

PHOTON: Wie sehen sie das Problem, daß es ein 100.000-Dächer-Programm gibt und sich nicht 100.000 Leute finden, die bereit sind, pro kW 4.000 Mark selbst zuzuzahlen?

SCHEER: Das Problem gibt es auch bei Modellen zur kosengerechten Vergütung. Anstatt, daß das Programm mit vollen Händen von zahllosen Leuten ergriffen wird, was man normalerweise bei gesundem Menschenverstand erwarten müßte, tröpfelt es teilweise nur vor sich hin.

WELTER: Die Problematik haben wir aber vor allem in den Städten, wo die kostendeckende Vergütung aufgrund irgendwelcher verwässernder Elemente nur kostendeckend heißt, aber nicht kostendeckend ist. Das kann sich jeder wirtschaftlich versierte Mensch - und genau die sollen ja angesprochen werden - schnell selbst ausrechnen. Nehmen wir beispielsweise Hamburg: Hier wird nicht 20 Jahre gezahlt, sondern nur 15 Jahre, nicht 2 DM sondern nur eine Mark 80. Wenn ich mir die Städte angucke, in denen wirklich eine kostendeckende Vergütung bezahlt wird, geht nach einer kurzen Latenzzeit erfahrungsgemäß anschließend ziemlich rabiat los.

SCHEER: Ich habe den Eindruck, der Hauptgrund für die zögerliche Annahme ist ein anderer. Wenn irgendwo kostengerecht gezahlt wird, ist es in aller Regel gegen den Widerstand der Stadtwerke durchgesetzt worden und das bedeutet, die Stadtwerke, die den Informationsdraht zum Stromkunden haben, machen nicht den kleinsten Finger krumm, um dieses Modell bekannt zu machen. Es steht einmal in der Zeitung und in zahlreichen Städten wissen selbst ökologisch interessierte Leute nicht, daß es in ihrer Stadt beschlossen worden ist. Das heißt, das Hauptproblem auch auf lokaler Ebene ist, daß, wenn der Rahmen geschaffen worden ist, eine lokale Solarenergiegruppe dieses Modell popularisiert und das ist bei beiden Modellen nötig.



„Die Beschränkung auf das eigene Haus hängt damit zusammen, daß man vermeiden wollte, daß einige wenige einen Großteil des Programmes abschöpfen und der Breitereffekt ausbleibt. Und wenn jemand mehr als 10 kW bauen will, dann kann er das gerne tun. Aber das muß ja nicht unbedingt gefördert werden.“

WELTER: Mit dem Unterschied, daß die kostendeckende Vergütung einen finanziellen Anreiz bietet, sein Geld in Solaranlagen zu investieren und sich solch ein Programm erfahrungsgemäß viel schneller herumspricht, als ein Programm, daß finanzielle Opfer vom einzelnen fordert. Hier gehört viel Überzeugungsarbeit per Hand dazu, siehe Energiesparprogramme.

SCHEER: Es ist bei allem nötig. Wenn man ein solches Programm auflegt und dann meint, es in der Schublade verschwinden lassen zu können, dann wird das auch versickern.

WELTER: Die kostendeckende Vergütung hat den Vorteil, daß der Photovoltaik nicht mehr der Beigeschmack der Subvention anhaftet. Die Anlagen der EVUs werden ja heute schon vollständig über den Strompreis finanziert. Kostendeckende Vergütung bedeutet eine Gleichstellung der privaten Anlagen mit denen der Energiewirtschaft. Die Solarenergie als eine Sache, die sich nicht selbst trägt, die subventioniert werden muß, das ist natürlich ein Denken, daß die EVUs sehr bevorzugen, sehr schüren. Darüber berichten sie ja permanent und ich denke, daß es sinnvoll ist, aus dieser Klemme langsam heraus zu kommen.

SCHEER: Da haben wir ja keine andere Meinung. Das Problem ist nur folgendes: Ich kann nicht gleichzeitig ein 100.000-Dächer-Programm und kV auf Bundesebene durchsetzen.

PHOTON: Meine Herren, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Moderation: Anne Kreutzmann